

Beschlussvorlage 2019/1576



Sachgebiet	Sachbearbeiter
Sachgebiet 17	Frau Ingrid Eberl

Beratung	Datum	Behandlung
Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Regionalmanagement		öffentlich

Betreff
ÖPNV; Verbunderweiterungsstudie MVV

Sachverhalt:

In den Landshuter Verkehrsverbund, der im ersten Schritt mit allen Busunternehmen der Region zum 01.01.2019 gestartet ist, sollte in einem zweiten Schritt auch der SPNV mit den, die Region bedienenden Eisenbahnverkehrsunternehmen integriert werden.

Derzeit werden bei Verbunderweiterungen, wenn es sich um SPNV-Integrationen handelt, sowohl sogenannte Verbunderweiterungsstudien als Einmalkosten als auch die sich bei SPNV-Integration ergebenden laufenden Kosten der Durchtarifizierungs- bzw. Harmonisierungsverluste der Eisenbahnverkehrsunternehmen vom Freistaat Bayern in erheblicher Höhe gefördert.

Um die Fördermöglichkeiten für die Region Landshut auszuloten, fand am 23.07.2019 ein erstes Sondierungsgespräch zwischen dem Bayerischen Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr, der Stadt und dem Landkreis Landshut sowie dem Zweckverband Landshuter Verkehrsverbund statt.

In diesem Gespräch wurde von Seiten des Ministeriums klargestellt, dass der Landshuter Verkehrsverbund mit seinen zwei Mitgliedern Stadt und Landkreis Landshut zu klein sei, um in den Genuss der o.g. Förderung zu kommen.

Man stelle sich hier Verbünde mit mindestens 3 Mitgliedern und einer abzudeckenden Bevölkerungszahl von ca. 400.000 Einwohnern vor.

Gleichzeitig müsse man die in der Region vorhandenen Verkehrsströme berücksichtigen. Der westliche Teil der Region Landshut tendiert nach Freising, Erding und München, der nördliche Teil nach Regensburg.

Derzeit sei eine Verbunderweiterungsstudie des MVV geplant, bei der sich Stadt und Landkreis Rosenheim, der Landkreis Miesbach, der Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen, der Landkreis Landsberg am Lech, der Landkreis Mühldorf, der Landkreis Weilheim-Schongau sowie der Landkreis Pfaffenhofen an der Ilm (für ein Überlappungsgebiet) beteiligen.

Diese Studie, inkl. der Erhebungskosten, fördert der Freistaat mit 85 %. 15% müssen die Landkreise/ kreisfreien Städte tragen.

Nach Absprache mit Herrn Landrat Dreier und Herrn Oberbürgermeister Putz wurde deshalb nach dem Sondierungsgespräch vom 23.07.2019 Herrn Dr. Rosenbusch vom MVV mitgeteilt, dass Stadt und Landkreis Landshut an der Verbunderweiterungsstudie des MVV teilnehmen möchten.

Es solle die Möglichkeit untersucht werden, ob in der Region Landshut eine Überlappung des MVV und des RVV (ggf. nur auf der Schiene) stattfinden kann. Außerdem solle auch die Frage untersucht werden, ob und wie der hier erreichte Tarif in Zukunft mit integriert werden, bzw. eine Kooperation mit dem LAVV erfolgen kann.

Die möglichen Kosten (hier handelt es sich um sog. Höchstkosten, die wahrscheinlich nach unten abweichen werden) für die Studie wird der MVV im August Stadt und Landkreis Landshut mitteilen.

Die Teilnahme an der Studie muss anschließend gemeinsam mit den weiteren Teilnehmern beim Ministerium beauftragt und ein gemeinsamer Förderantrag gestellt werden.

Am Freitag, den 02.08.2019 wurde vom Landratsamt Bad Tölz-Wolfratshausen (Organisator des interkommunalen Förderantrages) der Entwurf eines Antrags auf Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmenbeginn an die teilnehmenden Gebietskörperschaften versandt. Als Termin für die Abgabe einer elektronischen Unterschrift der jeweiligen Amtsleitung wurde der 16.08.2019 festgelegt. Danach könne eine Beteiligung am Förderantrag nicht mehr berücksichtigt werden.

Aus diesem Grunde wurden von der Geschäftsstelle des LAVV für die Stadt und den Landkreis Landshut jeweils die elektronischen Unterschriften von Herrn Oberbürgermeister Alexander Putz und Herrn Landrat Peter Dreier für den Antrag zum vorzeitigen Maßnahmenbeginn an den Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen versandt.

Nach einem dann hoffentlich im Spätsommer erteilten Auftrag, könnten erste verkehrliche Ergebnisse Anfang 2020 im groben vorgestellt und die Erhebungen dann in 2020 und 2021 in den ersten Landkreisen durchgeführt werden um dann auf der Basis der Ergebnisse den Verbundbeitritt vorzubereiten.

Beschlussvorschlag:

1. Der Landkreis Landshut nimmt zusammen mit der Stadt Landshut an der Verbunderweiterungsstudie des MVV teil.
Es soll die Möglichkeit untersucht werden, ob in der Region Landshut eine Überlappung des MVV und des RVV (ggf. nur auf der Schiene) stattfinden kann. Außerdem soll auch die Frage untersucht werden, ob und wie der hier erreichte Tarif in Zukunft mit integriert werden, bzw. eine Kooperation mit dem LAVV erfolgen kann.
2. Herr Landrat wird ermächtigt einen entsprechenden interkommunalen Auftrag und einen gemeinsamen Förderantrag für die Studie dem Ministerium für Wohnen, Bau und Verkehr zu erteilen.
3. Von der Eilentscheidung am interkommunalen Antrag des vorzeitigen Maßnahmenbeginns der Grundlagenstudie MVV-Verbundraumerweiterung teilzunehmen wird Kenntnis genommen.